

Medienmitteilung vom 17. Januar 2020

**Der erweiterte Vorstand der CVP Sense hat an seiner Sitzung die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 9. Februar 2020 gefasst. Er lehnt einstimmig die Volksinitiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Er befürwortet hingegen die Vorlage zum Schutz vor Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung einstimmig.**

Die CVP Sense ist gegen die Volksinitiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen», weil die vorgeschlagenen Massnahmen planwirtschaftlich und marktfeindlich sind und für den Bund bei der Umsetzung mit grossen Kosten verbunden wären. Es ist aber anerkannt, dass es in gewissen Landesgegenden zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Die CVP Sense befürwortet daher das geplante Vorgehen des Bundesrates, welcher im Falle einer Ablehnung der Vorlage vorsieht, den Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit einem Rahmenkredit von 250 Millionen Franken zu erhöhen.

Die CVP Sense spricht sich für die Aufnahme des Tatbestandsmerkmals der sexuellen Orientierung in den Diskriminierungsartikel von Art. 261bis StGB aus. Die Vorlage möchte in Zukunft auch Diskriminierungen aufgrund sexueller Orientierung unter Strafe stellen, um sexuelle Minderheiten (Homosexuelle und Bisexuelle) besser zu schützen, damit diese in der Öffentlichkeit nicht verbal oder tätlich angegriffen werden. In einer modernen und offenen Gesellschaft sollten auch alternative Lebensformen toleriert und respektiert werden.

Für Rückfragen:

Laurent Baeriswyl, Präsident CVP Sense, 078 603 23 01  
laurentbaer@hotmail.com

Simon Biemann, Öffentlichkeitsbeauftragter CVP Sense, 079 568 35 84  
simon.bielmann@hotmail.com